

Agrarsoziale Gesellschaft e. V. · Postfach 1144 · 37001 Göttingen

Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Tel.: (0551) 4 97 09 - 0
Fax: (0551) 4 97 09 - 16
E-Mail: info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Presseinformation

zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 23. Mai und 24. Mai 2018 in Brandenburg an der Havel

Erneuerbare Energien im ländlichen Raum Chancen nutzen – Herausforderungen meistern

Am 23. und 24. Mai 2018 führte die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ihre Frühjahrstagung mit ca. 120 Teilnehmer/-innen in Brandenburg an der Havel durch. Im Zentrum der Vortragstagung stand die Frage, inwiefern ländliche Räume – und hier insbesondere die Kommunen, die Wirtschaft und die einzelnen Bürger/-innen – von der Erzeugung erneuerbarer Energien profitieren könnten.

Dr. Juliane Rumpf, Vorsitzende des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. konstatierte in ihrer Begrüßung, dass zunehmend Kritik an der Energiewende laut werde. Es gelte jedoch, die gesteckten Klimaschutzziele weiterhin zu erreichen und die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Zudem gebe es Gemeinden im ländlichen Raum, denen die erneuerbaren Energien gute Einnahmen beschert hätten.

Steffen Scheller, Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, stellte in seinem Grußwort das Engagement der Stadt Brandenburg im Bereich der erneuerbaren Energien dar. Über ihre Stadtwerke beziehe sie umwelt- und klimafreundlichen Strom aus österreichischer und skandinavischer Wasserkraft und setze bei ihrem eigenen Heizkraftwerk auf Kraft-Wärme-Kopplung. In Zukunft wolle man sich verstärkt dem Bereich der E-Mobilität zuwenden.

Jan Hinrich Glahr, Sprecher der Landesvertretung Berlin Brandenburg des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. (BEE), forderte einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Koalitionsvertrag sende die richtigen Signale, insbesondere mit der vorgesehenen Sonderausschreibung für Wind Onshore und Photovoltaik. Nun brauche man zeitnah einen verbindlichen Fahrplan für den Kohleausstieg. Der BEE schlage darüber hinaus die Einführung einer den europäischen Emissionshandel ergänzenden CO₂-Steuer im Strom- und Wärmesektor vor, die an die Stelle der bisherigen Stromsteuer treten könne. Mit einer solchen Steuer könnten die nationalen Klimaschutzziele für 2020 noch erreicht werden. Der BEE plädiere außerdem dafür, die Industrieprivilegien künftig direkt aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, um die

Bürger/-innen durch eine Senkung der EEG-Umlage zu entlasten. Weitere zentrale Aufgaben für die kommenden Jahre seien die Sektorenkopplung und die Förderung von Speichern, eine klügere Nutzung der vorhandenen Stromnetze durch verbessertes Netzmonitoring und Lastprognosen sowie eine konsequente Ausrichtung des Mobilitätssektors auf die Nutzung erneuerbarer Energien.

Nils Boenigk, Projektleiter Kommunal-Erneuerbar bei der Agentur für Erneuerbare Energien e.V., erkannte an, dass im Koalitionsvertrag klare Bekenntnisse zu Klimaschutz, Kohleausstieg, Sektorenkopplung und Speichern zu lesen seien. Geplant sei u. a. ein Klimaschutzgesetz, in dem die bis 2030 zu erreichenden Ziele festgeschrieben werden sollen. Enttäuschend sei jedoch, dass es keinen direkten Bezug auf eine CO₂-Bepreisung, z. B. in Form einer Steuer, gebe. Auch enthalte der Koalitionsvertrag nur vage Aussagen zur Akteursvielfalt. Die Energiewende sei bislang jedoch vor allem deshalb so erfolgreich gewesen, weil die Bürger/-innen die Möglichkeit zur Beteiligung gehabt hätten. Insgesamt fehle „der große Wurf“ in Form eines übergreifenden Konzeptes, wie die Politik eine nachhaltige Marktdynamik für erneuerbare Energien im Besonderen und CO₂-Einsparung im Allgemeinen zur Erreichung der Klimaziele entfachen wolle. Besonders in den Bereichen Wärme und Verkehr sei noch deutlich mehr zu tun.

Mehrere Referenten machten deutlich, dass die Akzeptanz durch die Bevölkerung mittlerweile zu den wesentlichen Herausforderungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien zähle. So auch Dr. Klaus Freytag, Abteilungsleiter „Energie und Rohstoffe“ im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, der neben Sektorenkopplung und Energiespeicherung den Erhalt der Akzeptanz als die vordringlichste Aufgabe der nächsten Jahre benannte. Um sie zu fördern, bemühe sich das Land um eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch Auftragsvergabe an brandenburgische Unternehmen. Das Bundeswirtschaftsministerium sei gebeten worden, die Einführung einer bundeseinheitlichen Regelung zur Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen zu prüfen. Ein weiterer Vorschlag seien Ersatzzahlungen aus Windenergie für betroffene Gemeinden. Ausgereifte Speichertechnologien seien mit Blick auf die Versorgungssicherheit vor allem für die Industrie ein wichtiges Thema. Eine vom Land ausgearbeitete Speicherrichtlinie zur verbesserten Integration von erneuerbaren Energien befinde sich derzeit zur Abstimmung in Brüssel. Mit dem 1 000-Speicher-Programm würden die Anschaffungskosten für Batteriespeicher im privaten Bereich gefördert.

Ziel des im Rahmen des EU-Programms Horizont 2020 geförderten Forschungsprojektes WinWind, das Michael Krug, Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, vorstellte, sei es, die gesellschaftliche Akzeptanz in windenergiearmen Regionen verschiedener Länder zu untersuchen und zu stärken. Zielregionen in Deutschland seien die windenergiearmen Bundesländer Thüringen und Sachsen. Zum Vergleich dienen Schleswig-Holstein und Brandenburg als Regionen mit gut ausgebauter Windenergie. Das „Gemeinschaftswerk Energiewende“ habe bisher eine breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren, die allgemeine Akzeptanz der Windenergie onshore liege bspw. bei 83 %, sinke bei lokaler Betroffenheit jedoch auf 60 – 70 %. Interessanterweise liege sie dort höher, wo die Befragten bereits Erfahrungen mit Windenergie hätten. Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit (wie frühzeitige Beteiligung bzw. finanzielle Beteiligung) seien mit Blick auf die Akzeptanz zentrale Einflussgrößen. Eines allein sei jedoch noch keine Patentlösung – beides müsse zusammengedacht werden. Krug stellte Maßnahmen in den Ziel- und Modellregionen sowie aktuelle Initiativen auf Bundesebene vor, die das Ziel haben, Akzeptanz zu erhöhen. Hierzu gehörten bspw. Gütesiegel für „faire“ Windenergie, wie sie in Thüringen und Schleswig-Holstein bereits existierten, oder der Vorschlag einer bundesweiten Sonderabgabe an umliegende Kommunen.

Horst Leithoff, Geschäftsführer der Bürgerwindparks Grenzstrom Vindtved, Brebek und Süderlügum, verglich den Umgang mit Windenergie in Deutschland und Dänemark. Während in Deutschland der

Genehmigungsprozess vorwiegend ein technischer sei, handele es sich in Dänemark um einen politischen Prozess. Eine dänische Gemeinde, die vom Staat den Auftrag erhalte, geeignete Windstandorte zu benennen, frage zuerst ihre Bürger. Auch im weiteren Planungsprozess würden die Bürger immer wieder um ihre Meinung gebeten – der ganze Prozess werde hierdurch transparent. Am Ende stehe ein Stadtratsbeschluss. Auch wenn der Windparkentwickler bereits viel Geld in die Planung investiert habe, könne der Beschluss immer noch negativ ausfallen. 20 % der geplanten Windmühlen müssten außerdem an die Bürger vor Ort verkauft werden. Allerdings fänden sich nicht immer genügend Personen, die sich beteiligen wollten. Ein weiterer Unterschied bestehe darin, dass es in Dänemark keine Gegnerschaft zwischen Bürgerenergiegesellschaften und Energieerzeugern gebe, wie sie sich in Deutschland oft beobachten lasse.

Antje von Broock, Stellv. Geschäftsführerin Politik&Kommunikation, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., beklagte, dass Deutschland in Sachen Klimaschutz zum ‚Nachsitzer‘ geworden sei. Das selbstgesteckte Klimaziel für 2020 (40 % weniger Treibhausgase als 1990) werde deutlich verfehlt werden. Als ursächlich nannte sie, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien von der letzten Bundesregierung gedeckelt worden sei. Die Ausschreibungspflicht benachteilige darüber hinaus die Bürgerenergie – den eigentlichen Motor der Energiewende. Effizienz und Energiesparen seien noch nicht bei den Menschen angekommen. Statt teurer Werbekampagnen brauche es hier jedoch eine abgestimmte Förderung und Koordination von Energiesparmaßnahmen. Der BUND fordere deshalb eine nahezu 100 %-ige CO₂-Reduktion bis 2050 mit Hilfe von gesetzlich verankerten Reduktionsvorgaben für die einzelnen Sektoren. Der Atomausstieg müsse beschleunigt und der Kohleausstieg jetzt beschlossen und noch vor 2030 sozial verträglich umgesetzt werden. Der BUND habe kürzlich einen Ausstiegsplan vorgelegt. Die Bürgerenergie müsse erhalten bleiben. Es brauche eine verbindliche Energiespar-Strategie sowie eine Reform von Baugesetzbuch, Energieeinsparrecht und Mietrecht, um energetische Sanierungen voranzutreiben; entsprechende Energiesparprogramme müssten ausreichend finanziert werden.

Derzeit bemesse sich die Höhe der Konzessionsabgabe, welche die Gemeinden dafür erhalten, dass der Netzbetreiber seine Leitungen im öffentlichen Straßenraum verlegen darf, ausschließlich danach, wieviel Strom in der Gemeinde verbraucht werde, erläuterte Sebastian Kunze, Referatsleiter für Energie- und Kommunalwirtschaft beim Städte- und Gemeindebund Brandenburg. Belohnt werde also, wer besonders viel Strom verbrauche. Kunze schlug deshalb vor, die Höhe der Konzessionsabgabe auch vom erzeugten Strom abhängig zu machen. Bei einer Konzessionsabgabe von nur 0,33 Cent je eingespeister Kilowattstunde könnten die Kommunen in Brandenburg mit Mehreinnahmen von 51,1 Mio. Euro rechnen. Zum Vergleich: Konzessionsabgaben für verbrauchten Strom bewegten sich derzeit zwischen 1,32 und 2,39 Cent je Kilowattstunde. Die Akzeptanz für die Energiewende könne nur erhalten werden, wenn Bürger und Gemeinden vor Ort messbar etwas davon haben, betont Kunze.

Laut Torsten Levsen, Vorstandsvorsitzender, Denker & Wulf AG, stünden nun die Klimaziele für das Jahr 2030 im Fokus der Bundesregierung. Damit die Treibhausgasemissionen im Energiesektor tatsächlich um 62 % gegenüber 1990 verringert werden könnten, solle der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 65 % steigen. Dies erfordere nicht nur eine zügige Reduzierung der Kohleverstromung, sondern auch eine deutliche Erhöhung der jährlichen Ausschreibungsmengen für Windenergie und Photovoltaik. Ambitionierte Klimaschutzziele stünden jedoch in einem Spannungsfeld mit den stetig wachsenden Herausforderungen bei der Planung und beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie z. B. zunehmende Flächenknappheit und immer umfangreichere Genehmigungsaufgaben. Zudem stehe ein starker Wettbewerbsdruck wachsenden Herausforderungen hinsichtlich der Akzeptanz gegenüber. Die Planung und Errichtung von Windparks erfordere heute mehr denn je eine integrative Herangehensweise und eine gute Stakeholder-Kommunikation.

Bürgermeister Hans-Jürgen Weidt stellte das Energie- und Klimaschutzkonzept der Gemeinde Werther in Thüringen vor, zu dem neben der Installation von Photovoltaikanlagen auf privaten und gewerblichen Dächern u. a. ein Energiespeichersystem für ein Altenpflegeheim und eine Schnellladestation für zwei E-Mobile der Gemeinde gehörten. Die Motivation der Gemeinde, sich in erneuerbaren Energien zu engagieren, sei gewesen, für die Stärkung der ländlichen Räume und das Überleben der Gemeinde zu kämpfen. So sei ein Ziel des Mobilitätsprojektes, mit E-Mobilen und einem ehrenamtlichen Fahrerpool die Mobilität in abgelegenen Ortsteilen zu verbessern. Darüber hinaus bestehe eine Bürgergenossenschaft zur Erstellung eines Windparks, für den jedoch noch keine Vorrangflächen ausgewiesen seien.

Die Genossenschaft Rehfelde-EigenEnergie eG versuche in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rehfelde und mit viel ehrenamtlichem Engagement die „Energiewende von unten“ voranzubringen, sagte ihr Vorstandsvorsitzender Bernd Bechly. Trotz vielfältiger Probleme habe sie ihre Vision von einer sozial- und umweltverträglichen, regionalen Nutzung der erneuerbaren Energien Wirklichkeit werden lassen. Zwei Photovoltaikanlagen und zwei Windenergieanlagen seien in Betrieb und belohnten die Mitglieder der Genossenschaft für ihren Einsatz. So werde ein großer Teil der Wertschöpfung in der Region belassen.

In der Kommunalpolitik von kleinen Kommunen unter 10 000 Einwohner seien die Themen Energie und Klimaschutz oft nachrangig, so Andrea-Liane Spangenberg, Vorstandsvorsitzende bioenergiedorf-coaching brandenburg e.V. Entsprechende Gremien fehlten. Externes Coaching und Beratung könne helfen, diese Themen auf die Tagesordnung zu bringen. bioenergiedorf-coaching brandenburg e.V. initiiere bspw. „Energie-Stammtische“, die das fehlende Gremium ersetzen und zugleich eine Beteiligungsmöglichkeit für interessierte Bürger/-innen bieten könnten. Um die Energiewende voranzubringen, gehe der Verein proaktiv auf Gemeinden zu.

Dr. Juliane Rumpf betonte zum Abschluss, die Vorträge hätten deutlich gemacht, wie wichtig das Thema Akzeptanz durch die Bevölkerung sei. Durch Information und Kommunikation gelte es Vertrauen zu schaffen. Wie die für 2030 formulierten Ziele erreicht werden könnten, bleibe unklar. Ein wesentlicher Faktor bleibe ihrer Ansicht nach aber die Initiative der Menschen im ländlichen Raum, die andere mitreißen könnte. Jede und jeder habe die Aufgabe, in ihren/seinen Netzwerken für den Klimaschutz zu werben.

Am zweiten Tag der Tagung führten zwei Fachexkursionen ins Havelland und in den Hohen Fläming: Inhaltliche Schwerpunkte waren Bürgerprojekte im Bereich regenerativer Energien bzw. die Erneuerbaren als zusätzliches wirtschaftliches Standbein der Landwirtschaft sowie Beispiele für die Innenentwicklung von Dörfern und für die Umnutzung historischer Bausubstanz.

Weitere Informationen, Pressemitteilungen und Vorträge auf der Website der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. unter www.asg-goe.de